

Pascal Schmid kam wie aus dem Nichts – heute ist er Blochers Favorit

Der freundliche Asyl-Hardliner könnte es auf das SVP-Ticket für die Nachfolge von Guy Parmelin schaffen

SEBASTIAN BRIELLMANN

Das wahrscheinlich wichtigste Fähigkeitszeugnis hat Pascal Schmid bereits erhalten, selbst wenn es kein eidgenössisch anerkanntes ist. In der SVP ist jedoch nur ein Plazet von überragender Bedeutung: die Zustimmung des Doyens Christoph Blocher. In seiner Sendung «Teleblocher» sprach er, angesprochen auf geeignete Nachfolger des abtretenden Guy Parmelin, am wohlwollendsten über Schmid. Fähig sei dieser, führen könne er auch. Als ehemaliger Richter sei er zudem ein Kenner des Rechts und absolut geeignet für das Bundesratsamt. Gerade als Asylminister.

Das Lob Blochers ist bemerkenswert. Es unterstreicht Schmidts überaus rasanten Aufstieg. Der 50-Jährige sitzt noch keine Legislatur im Nationalrat, im Thurgauer Kantonsparlament war er davor nicht einmal eine Führungsfigur. Vom Unbekannten hat er es trotzdem bereits zum Asylchef der Partei gebracht. Er dirigiert damit das wichtigste Thema der SVP. Im kommenden Jahr will er Ständerat werden. Oder wollte? Weil er bald in der Landesregierung sitzt?

Bis am Freitag muss er wissen, ob er sich eine Kandidatur vorstellen kann, dann endet die Bewerbungsfrist. Zu rechnen ist mit einem Entscheid bereits in den nächsten Stunden. Doch wie dieser ausfallen wird: offen. Schmid sagt nichts dazu, auch aus seinem Umfeld sickert nichts durch.

Ein Mann der Zahlen

Das ist typisch für Schmid. Bloss keinen Kontrollverlust für den Selbstbeherrschten, der jedes Wort genau abwägt, bevor er es spricht (und als Zitat genehmigt). Seine Frau sagt über ihn: «Er ist der durchorganisierte Kopfmensch.» Diese selbst auferlegte Distanz macht Schmid zu einem Uneindeutigen. Über ihn sagt man – und manchmal im gleichen Satz –, er sei ein radikalisierte Hardliner. Und trotzdem nett.

Vielleicht sind diese beiden Eigenschaften mit seinem Habitus erklärbar. Schmid ist Anwalt, war früher Richter. Er kennt den unzimperlichen Angriff, aber auch das feine Justieren bei einer Entscheidungsfindung. Im Stellenbeschrieb als Asylchef der migrationskritischen SVP steht, natürlich, nur Ersteres. Wäre er Bundesrat, müsste die Tonspur eine andere werden.



Der Thurgauer Pascal Schmid ist 2023 in den Nationalrat gewählt worden.

GIAN EHRENZELLER / KEYSTONE

Er sagt über sich selbst, dass er seine aktuelle Rolle durchaus möge. Es trifft auch zu, dass er anders agiert als beispielsweise sein Vorgänger. Andreas Glarner war ein Provokateur mit Hang zur Grenzüberschreitung. Schmid ist das nicht, er ist kein Haudrauf, auch wenn er die Wortkreationen aus dem SVP-Bausatz verinnerlicht hat. Mit dem Brustton der Überzeugung vorgetragen hat er sie aber selten. Ihm geht eher das ab, was heute als wichtiges Kriterium für einen Bundesrat gilt: der Gmögigkeitsfaktor. Schmid ist ein Mann der Zahlen. Da ist er bei sich. Dossierfest, kompetent. Glarner hat in der NZZ einmal über seinen Nachfolger gesagt: Womöglich verkaufe Schmid seine «guten Ideen zu wenig hart».

Wie hart dieser Pascal Schmid in seiner Linie wirklich ist, darüber rätseln auch Politiker aus den anderen Parteien. In den Zeitungen von CH Media äussern sich Bürgerliche anonym über Schmid. Einer nennt ihn einen «beinharten Ideo-

logen». So vorgefertigt sind längst nicht alle Meinungen. Entstammt seine harsche Rhetorik – «Was macht Bundesrat Jans noch für uns Schweizer?» – tiefster Überzeugung? Oder spielt er einfach seine Rolle so professionell, wie es seine Partei von ihm verlangt?

Kein «Polteri»

Die Konkurrenz von der Linken stelle sich schon im vergangenen Jahr noch eine andere Frage: Ob Schmid die Migrationspolitik der SVP in die «Zone des Sagbaren» zurückführt – oder ob er sie noch gefährlicher macht, weil er als sympathisch dargestellt wird. Die strengere Asylpolitik, sagen Linke, sei auch das Verdienst von Pascal Schmid. Er könne in beiden Räten bis in die Mitte solide Mehrheiten organisieren. Ihm laste nicht das Profil des «Polteri» an.

Ganz nett finden ihn darum die meisten («kein Unleidiger»), auch wenn

manche sagen, seit er im Nationalrat sitze, sei er radikaler. Sie sehen in ihm jedoch auch einen Strategen, der seine politische Karriere exakt plant. Sicher ist, dass Schmid genau weiss, wie er sich präsentieren muss. Manchmal wirkt er technokratisch, dennoch lässt er auch Nähe zu – wenn sicher auch kalkuliert.

Das Spiel mit den Medien und der Öffentlichkeit hat er verstanden. Bei einer Homestory in der «Schweizer Illustrierten» ist er, immer gekleidet in eleganten Anzügen, gerne dabei. Das hilft dem Image («Hardliner mit Grenzen» mit einem «Lausbubenlachen»).

Schmid muss rhetorisch auch nicht immer die oberste Hubraumklasse bedienen. In Interviews hat er gesagt, dass sich die Schweiz nicht abschotten solle («wir brauchen keinen Stacheldraht an den Grenzen»). Und er hat auch gesagt, dass er das Leid anerkenne, das Menschen auf Fluchtrouten erlebten. Doch über minderjährige Flüchtlinge,

deren Asylgesuch abgelehnt worden ist, sagt er in einem Streitgespräch: «Ihre Eltern nehmen ihre Verantwortung nicht wahr, und jetzt sind wir schuld? So geht das nicht. (...) Wer hierher kommt, ist verantwortlich für sich selbst.» Politisch ist er auf Linie, Zürcher Flügel, aber die Rolle ist, je nach Umgebung, verhandelbar.

Fremdeln im Bundeshaus

Und manchmal wirkt es so, als wäre es Schmid ganz recht, wenn er nicht immer eine politische Rolle spielen müsste. Mit der Welt im Bundeshaus, in dem sich alles vermengt, Politisches und Privates und Geschäftliches, scheint er manchmal zu fremdeln. In der NZZ hat er gesagt, dass er in Bern auf persönlicher Ebene nicht allzu viel mit Politikern links der Mitte zu tun habe. Auch bei Anlässen der SVP ist Schmid nicht immer dabei. Er ist kein Mitglied der Weisswein-Fraktion.

Vielleicht überrascht es viele Beobachter deswegen, dass Schmid nun zum parteiinternen Favoriten aufgestiegen

Bei Anlässen der SVP ist Schmid nicht immer dabei. Er ist kein Mitglied der Weisswein-Fraktion.

zu sein scheint. Fachlich top, das schon, aber zu unerfahren, zu monothematisch, zu wenig gmögig. Und für die Linken ist ein Asyl-Hardliner sicherlich nicht der Lieblingskandidat auf einem Ticket. Ob es ihm hilft, wenn er sagt, dass für ihn Linke «keine schlechten Menschen» seien, sondern nur anders dächten?

Gar schaden könnte ihm jenes Plus, das ihn erst zum Kandidaten machen könnte: das Plazet von Christoph Blocher. Die Favoriten des SVP-Übervaters kommen bei linken Politikern generell nicht ganz so gut an.

Pascal Schmid, undurchschaubarer Taktiker, wird sehr genau abwägen, wie seine Chancen stehen. Und nur, wenn er sich seiner Sache sicher ist, wird er auch kandidieren. Das zeigt sein bisheriger Werdegang. Wird er es wagen?

Die SVP feiert sich selbst

An der Delegiertenversammlung betont der Parteipräsident Marcel Dettling die Sitzgewinne in den Kantonen seit 2023

ANNEGRET MATHARI, BULLE

Die SVP hat am Samstag an ihrer Delegiertenversammlung in Bulle die Parolen für drei von vier Abstimmungsvorlagen gefasst, über die am 29. November abgestimmt wird: die Finanzierung der 13. AHV-Rente, die Revision des Kriegsmaterialgesetzes und die sogenannte Fairness-Initiative. Zur vierten Vorlage, der Feuerwerksinitiative, hatte der Zentralvorstand der SVP Schweiz schon am Freitagabend abschliessend die Nein-Parole beschlossen. Die Partei hat zudem ihr Nein zum EU-Vertragspaket bekräftigt und die direkte Demokratie zelebriert.

Ein Jahr vor den nationalen Wahlen sprach sich die SVP für Unabhängigkeit, Eigenverantwortung und Freiheit aus. Sie kritisierte die «Linken und Heimatmüden», welche die Selbstbestimmung der Schweiz angriffen und zu einer Annäherung an die EU drängten.

Der Nationalrat und Parteipräsident Marcel Dettling wies darauf hin, dass die SVP seit den letzten nationalen Wahlen 2023 auch in den Kantonen deutlich zulegen konnte. So habe die Partei in fünf

Kantonen (Graubünden, Glarus, Basel-Stadt, Solothurn und Tessin) je einen Regierungsratssitz und in den kantonalen Parlamenten 68 Sitze hinzugewonnen, insgesamt zählt die Partei 622 Kantonsrätinnen und Kantonsräte. Die Menschen wählten die SVP, weil sie für die Schweiz kämpfe, sagte er. Dass sich der Ständerat bei der EU-Debatte deutlich für das Ständemehr ausgesprochen habe, habe ihn positiv überrascht. Doch manche Bundespolitiker wollten eine Volksabstimmung mit Ständemehr verhindern, «mithilfe der Brüssel-Marietten Cassis und Jans».

Gegen die neuen EU-Verträge

Die Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher (Graubünden) rief vor den gut 340 Delegierten dazu auf, die Bilateralen III, die «EU-Unterwerfungsverträge», zu bekämpfen. Eine einseitige Unterwerfung unter einen Kolonialherrn sei keine Beziehung auf Augenhöhe. «Es ist ein Vertrag, der uns fremdes Recht aufzwingt, uns fremden Richtern unterstellt und fremde Strafen verhängt.» Und sie

mahnte, der Nationalrat könne bei der Beratung im Dezember die Forderung nach der doppelten Mehrheit von Volk und Ständen wieder streichen.

Der SVP-Bundesrat Albert Rösti hob die Einzigartigkeit der Schweiz hervor, für die es sich lohne zu kämpfen, das politische System, die direkte Demokratie. Politikern in anderen Ländern müsse man jeweils erklären, dass in der Schweiz die Bevölkerung entscheide. So sei dies auch bei den geplanten neuen Abkommen mit der EU. Die Schweiz sei stabil, weil sie eine Kollegialregierung habe, in der die grössten Parteien vertreten seien.

Bundespräsident Guy Parmelin war abwesend. Er befindet sich zurzeit in Vietnam. Parmelins Nachfolge im Bundesrat war nicht auf der Tagesordnung. Aber der Walliser Grossrat Jérôme Desmeules forderte, dass das Wahlticket der SVP der Schweiz entspreche und mindestens eine Person aus der Romandie zur Wahl stehe. Die einzige Kandidatin ist bis heute die Genfer Nationalrätin Céline Amaudruz.

Bei der Parolenfassung folgten die Delegierten dem Parteivorstand und

lehnten die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent zur Finanzierung der 13. AHV-Rente ab. Die Delegierten fassten die Nein-Parole mit 290 zu 3 Stimmen. SVP-Parlamentarier wiesen zuvor darauf hin, dass die Partei die 13. AHV-Rente abgelehnt habe, mehr als die Hälfte ihrer Basis habe jedoch dafür gestimmt. «Wir haben diese Botschaft gehört und verstanden», sagte der Walliser Nationalrat Michael Graber. Das Ja der SVP-Mitglieder sei ein Ja zum Schweizervolk, zu jenen, die das Land wohlhabend, sicher und frei machten.

Ja zur Verteidigungsfähigkeit

Der Freiburger Nationalrat Nicolas Kolly erklärte, mit dem Ja zur 13. AHV-Rente habe die Bevölkerung aber nicht Ja gesagt zu weiteren Abgaben und neuerlichen Steuererhöhungen. Die Kaufkraft nehme seit Jahren ab. Der Bund brauche nicht mehr Geld, führte Kolly aus. Er müsse es jedoch besser einsetzen. Der SP-Ständerat Pierre-Yves Maillard, der als Befürworter der Mehr-

wertsteuererhöhung eingeladen war, erklärte, er hätte ebenfalls eine andere Finanzierungsmöglichkeit vorgezogen, beispielsweise eine höhere Besteuerung von hohen Einkommen.

Für das revidierte Kriegsmaterialgesetz fassten die Delegierten die Ja-Parole. Dies sei ein Ja zur Verteidigungsfähigkeit der Schweiz, sagte der St. Galler Nationalrat Michael Götte. Er wies darauf hin, dass heute der Bundesrat über die Ausfuhr von Rüstungsgütern zum Zeitpunkt eines Krieges entscheiden müsse. Dies bedeute, wenn ein Land von der Schweiz Rüstungsgüter kaufe und Jahre später ein Konflikt ausbreche, dürfe es das Material nicht mehr weitergeben. Die Schweiz sei damit für ihre Partner in Europa unberechenbar geworden. Und wer unberechenbar sei, bei dem kaufe man nicht mehr ein. Dies gefährde die Rüstungsindustrie, keine Rüstungsindustrie bedeute aber keine Verteidigungsfähigkeit.

Schliesslich befürworteten die Delegierten auch die Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare» der Mitte-Partei.